

Kronrat im Reichskanzler-Palais.

Die Vorschläge des Ministers v. Coebell. — Rücktritt von Staatssekretären und Ministern. — Veränderte Stellungnahme der Nationalliberalen.

Wie wir gestern bereits meldeten, hat der Kaiser am Montag nachmittag 1 Uhr den Staatsminister von Coebell empfangen. Wie es hieß, hat der Minister des Innern dem Kaiser eine möglichst schnelle Durchführung der inneren Reformen empfohlen. Er soll, wie man in parlamentarischen Kreisen erzählte, dabei gleichzeitig betont haben, daß es zur Durchführung der Parlamentarisierung des Reiches wünschenswert wäre, daß sämtliche Staatssekretäre und sämtliche Minister ihre Entlassung gäben, um dem vom Kaiser neu zu ernennenden Reichskanzler die Freiheit der Entscheidung darüber vorzubehalten, welche Männer er nach Beratung mit den Parteien als Mitarbeiter zu berufen wünsche. Einzelne Persönlichkeiten wollten übrigens auch wissen, daß dabei auch über die Person des eventuell neu zu ernennenden Kanzlers gesprochen worden sei.

Inwieweit diese Mitteilungen zutreffen, läßt sich natürlich nicht feststellen. Jedenfalls brachte man mit jener Unterredung die Tatsache in Zusammenhang, daß der Kaiser einen Kronrat zu gestern nachmittag um 6 Uhr nach dem Reichskanzlerpalais einberufen hatte. Dem Kronrat, der unter Vorsitz des Königs stattfand, wohnten außer dem Ministerpräsidenten und den preussischen Staatsministern auch diejenigen Staatssekretäre des Reiches bei, die nicht gleichzeitig preussische Staatsminister sind. Der Kronrat tagte bis in die zehnte Stunde hinein, und es war bis zum Schluß unseres Blattes ein Ergebnis der Sitzung nicht zu erfahren.

In den Wandelgängen des Reichstages erzählte man bereits lange vor Beendigung der Kronratsitzung, daß drei Staatssekretäre und fünf preussische Minister ihre Portefeuille dem Kaiser zur Verfügung gestellt hätten. Es hieß, daß die Staatssekretäre Dr. Helfferich, Zimmermann und Solz, sowie der preussische Minister des Innern von Coebell, der Handelsminister Sydow, der Justizminister Bessler, der Eisenbahnminister und Vizepräsident des Staatsministeriums von Breitenbach und der Kultusminister von Trott zu Solz um ihre Entlassung gebeten hätten. Eine andere Version ging dahin, daß nicht Herr von Coebell, sondern der Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser demissioniert hätte.

Auch die neuen Ministerkandidaten wurden bereits im Reichstag erörtert. An Stelle des Justizministers sollte angeblich der Abgeordnete Schiffer, für den Posten des Handelsministers der Geheimrat Nieber in Aussicht genommen sein. Für das Staatssekretariat des Äußeren nannte man sowohl den Grafen Bernstorff als auch den Staatssekretär Solz, dessen Hinüberwechseln vom Kolonialstaatssekretariat angeblich ein besonderer Wunsch des Herrn von Bethmann Hollweg sein sollte. Man wollte auch schon ganz genau wissen, daß vom Reichsamt des Innern die sozialpolitischen Angelegenheiten abgezweigt und in einem reichsarbeitsamt zusammengefaßt werden sollten. Für dieses neu geschaffene Amt sollte die Absicht bestehen, den sozialdemokratischen Abgeordneten Legien, den Führer der freien Gewerkschaften, zu gewinnen. Als zukünftiger Staatssekretär des Innern wurde Graf Roeder, der bisherige Reichsschatzsekretär, genannt. Diese ganzen Kombinationen wurden aber wieder durch eine andere Hinweisung gemacht, denen zufolge der Reichskanzler die Absicht habe, die sämtlichen frei gewordenen Staatssekretäre und Ministerposten im Sinne einer parlamentarischen, oder doch wenigstens parlamentarisch scheinenden Regierungsform den vier Parteien (Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei, Nationalliberale Partei und Sozialdemokratie) zur Besetzung dergestalt anzubieten, daß sie ihnen geeignete Vertrauensmänner dem Kanzler zum Vorschlag beim Kaiser präsentieren.

Wenn diese Meldungen über das Ergebnis der Kronratsitzung sich auch nur zum Teil als richtig herausstellen sollten, so würde man das auf den ersten Blick als eine abermalige Behauptung des Reichskanzlers deuten müssen. Denn bei allen Zusammenstellungen, die in den Wandelgängen des Reichstages gegeben wurden, war die selbstverständliche Voraussetzung immer das Verbleiben des Herrn von Bethmann Hollweg im Amte des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten. Am Abend aber ging uns die Nachricht zu, daß im Kronrat über die Frage der Reichsleitung und des Ministerpräsidentiums überhaupt noch nicht entschieden worden sei. Angeblich sollte vor der endgültigen Stellungnahme des Kaisers in dieser wichtigen Frage noch das Endergebnis der Beschlüsse der Parteien abgewartet werden.

Wie diese Beschlüsse schließlich ausfallen werden, läßt sich augenblicklich noch nicht genau feststellen. Die Entscheidung darüber wird vielleicht erst morgen oder übermorgen fallen. Bisher ist das folgende zu verzeichnen:

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hatte zu gestern nachmittag 4 Uhr eine Sitzung einberufen, die sich über mehr als drei Stunden hinzog. Ihr wohnte Geheimrat Friedberg als Mitglied des Zentralvorstandes der Partei bei. In der Debatte ergriff Geheimrat Friedberg das Wort und sprach sich in durchaus entschiedener Weise gegen die Politik des Kanzlers und gegen die Möglichkeit aus, mit ihm eine Parlamentarisierung zu erreichen. Andererseits aber machte er die bemerkenswerte Mitteilung, daß die Partei ihren bisherigen Widerstand gegen die Parlamentarisierung im Interesse des Vaterlandes aufzugeben bereit sei, wenn eine vollkommene Reform der Reichsregierung durchgeführt würde. Man müßte mit allen Kräften auf eine Beseitigung der gegenwärtigen Reichsleitung hinarbeiten. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich mit wenigen Ausnahmen alle übrigen Redner der Fraktion. Und es wurde auch schließlich in diesem Sinne ein Beschluß gefaßt. Dagegen lehnte die Fraktion die vom Zentrum geplante Friedensresolution ab. Sie hielt eine grundsätzliche Stellungnahme des Reichstages zur auswärtigen Politik vor Bildung einer neuen Regierung, der sie Vertrauen schenken könne, für unangebracht.

Ein Vertreter der nationalliberalen Fraktion überbrachte die Entschliebung einer Sitzung von Vertretern der oben genannten vier Fraktionen. Diese Sitzung mußte darauf vertagt werden. Denn sie konnte über das Verlangen der Parlamentarisierung nicht sofort Beschluß fassen, insbesondere erklärte der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, daß er zu einer bindenden Stellungnahme in dieser Frage nicht befugt sei. Auch über die Friedensresolution konnte ein Beschluß nicht zustande kommen, obwohl der ohnehin schon nicht sehr inhaltreiche Text inzwischen mehrfache Umarbeitung unterzogen worden war. Wie wir gestern schon mitzuteilen in der Lage waren, hatte die Zentrumsfraktion der Rundgebung überhaupt nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß auch die Nationalliberalen sie annehmen würden. Diese Voraussetzung ist fortgefallen und es ist daher, namentlich auch durch die veränderte Stellungnahme der Nationalliberalen gegen den Reichskanzler, eine neue Lage geschaffen, die neue Beratungen mit sämtlichen Fraktionen notwendig machen muß.

Es wird sich nunmehr zeigen, ob der Reichstag diejenige Einheit aufbringen wird, die allein eine Durchführung der Parlamentarisierung ermöglicht, und ob er sich zu demjenigen Grad von Energie aufschwängt, der notwendig ist, um — anders als alle Verfassungsparagrafen das tun könnten — seine politische Macht festzulegen.

(Siehe auch vierte Seite.)